

468938-2026 - Competition

Germany – Utility vehicles – Lieferung eines LKW-Fahrgestell 18 t./22 t. mit Dreiseitenkipper und Ladekran sowie Winterdienstausrüstung

OJ S 129/2026 08/07/2026

Contract or concession notice – standard regime

Supplies

1. Buyer

1.1. Buyer

Official name: Stadt Herzogenrath

Email: Thorsten.Rolf@herzogenrath.de

Legal type of the buyer: Local authority

Activity of the contracting authority: General public services

2. Procedure

2.1. Procedure

Title: Lieferung eines LKW-Fahrgestell 18 t./22 t. mit Dreiseitenkipper und Ladekran sowie Winterdienstausrüstung

Description: Lieferung eines LKW-Fahrgestell 18 t./22 t. mit Dreiseitenkipper und Ladekran sowie Winterdienstausrüstung

Procedure identifier: 14b49887-a991-44d9-82db-74b7b5f6b063

Internal identifier: 2026.07.A66.1-001

Type of procedure: Open

The procedure is accelerated: no

2.1.1. Purpose

Main nature of the contract: Supplies

Main classification (cpv): 34144700 Utility vehicles

Additional classification (cpv): 34140000 Heavy-duty motor vehicles, 34000000 Transport equipment and auxiliary products to transportation

2.1.2. Place of performance

Postal address: Rathausplatz 1

Town: Herzogenrath

Postcode: 52134

Country subdivision (NUTS): Städteregion Aachen (DEA2D)

Country: Germany

Additional information: Bauhof der Stadt Herzogenrath, Eygelshovener Straße 69 A, 52134 Herzogenrath

2.1.3. Value

Estimated value excluding VAT: 295 000,00 EUR

2.1.4. General information

Additional information: #Bekanntmachungs-ID: CXQ1YYXYWQR# Die Weitergabe der Ausschreibungsunterlagen an Dritte sowie die gewerbliche Nutzung der Ausschreibungsunterlagen außerhalb dieses Verfahrens sind nicht gestattet. Bei

fremdsprachigen Dokumenten ist zusätzlich eine beglaubigte Übersetzung in die Verfahrenssprache (deutsch) beizufügen. Es wird darauf hingewiesen, dass zur ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bieterbezogen unternehmens- und personenbezogene Daten erhoben, gespeichert und verarbeitet werden, um den vergaberechtlichen Vorgaben zur Bieterbeteiligung und -information sowie Wertung etc. nachzukommen. Diese Daten werden während der Dauer der Verfahrensdurchführung sowie der für die Vergabe- und Vertragsakten bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen verarbeitet und gespeichert. Der Erhebung, Verarbeitung und Speicherung dieser Daten kann widersprochen werden. Dies führt jedoch dazu, dass eine Einhaltung der vergaberechtlichen Verpflichtungen, u.a. im Hinblick auf Information während des Verfahrens nicht mehr sichergestellt werden kann und damit die Beteiligung und Wertbarkeit infrage gestellt wird. Es besteht nach den Bestimmungen der DSGVO ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Widerspruch und auf Datenübertragbarkeit gegenüber dem betreuenden Büro und dem öffentlichen Auftraggeber, ebenso ein Beschwerderecht gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Legal basis:

Directive 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Grounds for exclusion

Sources of grounds for exclusion: Notice

Breaching of obligations set under purely national exclusion grounds: Verstöße gegen deutsche Sozial-, Arbeits- und spezifische Vergaberegeln.

Participation in a criminal organisation: Ein Unternehmen muss von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn: Eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen der Bildung krimineller Vereinigungen verurteilt wurde. Gegen das Unternehmen selbst wegen dieser Straftat eine rechtskräftige Geldbuße (nach § 30 OWiG) festgesetzt wurde.

Terrorist offences or offences linked to terrorist activities: Unternehmen müssen zwingend von Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn sie selbst oder ihre Führungskräfte (im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB) rechtskräftig verurteilt wurden wegen: § 129a StGB: Bildung terroristischer Vereinigungen § 129b StGB: Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland § 89c StGB: Terrorismusfinanzierung sowie Beteiligung daran oder Bereitstellung von Mitteln

Money laundering or terrorist financing: Auftraggeber müssen Bieter ausschließen, wenn das Unternehmen selbst oder eine für die Leitung verantwortliche Person rechtskräftig verurteilt wurde. Einschlägige Straftaten: Dazu zählen Straftaten nach § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) sowie § 261 StGB (Geldwäsche).

Fraud: Zwingender Ausschluss (§ 123 GWB): Ein Unternehmen muss zwingend von Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn Verantwortliche rechtskräftig verurteilt wurden. Dies betrifft explizit Betrug oder Subventionsbetrug, sofern sich die Straftat gegen den Haushalt der EU oder von der EU verwaltete Haushalte richtet. Fakultativer Ausschluss (§ 124 GWB): Öffentliche Auftraggeber können ein Unternehmen nach eigenem Ermessen ausschließen, wenn der Verdacht oder eine Verurteilung wegen allgemeinem (Subventions-) Betrugs vorliegt, der nicht EU-bezogen ist, oder wenn das Unternehmen in Bezug auf Subventionen irreführende Informationen übermittelt hat.

Corruption: Öffentliche Auftraggeber sind gesetzlich verpflichtet, Unternehmen vom Vergabeverfahren auszuschließen, wenn eine rechtskräftige Verurteilung oder eine Geldbuße wegen dieser Korruptionsdelikte vorliegt. Der zwingende Ausschluss greift: Bestechlichkeit

und Bestechung (§ 299 StGB): Im geschäftlichen Verkehr. Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) und Bestechung (§ 334 StGB): Insbesondere bei der Beeinflussung von Amtsträgern.

Straftaten im Ausland (§ 335a StGB): Auch Korruptionsdelikte gegenüber ausländischen oder internationalen Amtsträgern sind erfasst. Der Ausschluss greift bei Straftaten von Führungspersonen: Wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist (z. B. Geschäftsführer oder Vorstände), wegen einer dieser Taten verurteilt wurde. Geldbußen gegen das Unternehmen: Wenn gegen das Unternehmen selbst wegen solcher Straftaten eine Geldbuße nach § 30 OWiG festgesetzt wurde.

Child labour and including other forms of trafficking in human beings: Öffentliche Auftraggeber müssen ein Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließen, wenn eine rechtskräftige Verurteilung wegen dieser Straftaten vorliegt. Rechtsgrundlage: § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB in Verbindung mit den Straftatbeständen der §§ 232, 232a Abs. 1 bis 5, 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (StGB). Zwingender Ausschluss: Liegt eine rechtskräftige Verurteilung vor, hat der Auftraggeber keinen Ermessensspielraum. Das Unternehmen wird von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen. Zurechnung: Das Verhalten ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn eine Person, die für die Leitung des Unternehmens verantwortlich gehandelt hat (z. B. Geschäftsführer, Vorstand), rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen selbst eine Geldbuße festgesetzt wurde.

Breaching obligation relating to payment of taxes: Der öffentliche Auftraggeber muss das Unternehmen ausschließen, sobald die Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen rechtskräftig festgestellt wurde. Nachweis: Der Nachweis erfolgt meist über rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen oder bestandskräftige Verwaltungsakte (z.B. Steuerbescheide). Auftraggeber können Verstöße aber auch auf sonstige Weise nachweisen. Ausnahme bei Zahlung: Ein Ausschluss ist abzuwenden, wenn das Unternehmen die ausstehenden Zahlungen (inklusive Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) nachträglich vornimmt oder sich rechtlich verbindlich zur Zahlung verpflichtet hat.

Breaching obligation relating to payment of social security contributions: Unternehmen sind vom Vergabeverfahren auszuschließen, wenn die Pflicht zur Beitragszahlung verletzt wurde und dies rechtskräftig festgestellt ist.

Breaching of obligations in the fields of environmental law: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen stellen einen fakultativen Ausschlussgrund gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB dar. Öffentliche Auftraggeber haben hierbei ein Ermessen, ob sie ein Unternehmen bei nachgewiesenen Verstößen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen oder nicht.

Breaching of obligations in the fields of social law: Wenn eine rechtskräftige oder bestandskräftige Entscheidung vorliegt, muss der Auftraggeber das Unternehmen zwingend ausschließen. Nichtabführung von Sozialabgaben: Ein Ausschluss ist zwingend, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist. Ausnahme: Der Ausschluss entfällt, wenn das Unternehmen die Beiträge (inklusive Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) nachträglich vollständig bezahlt hat oder sich rechtlich dazu verpflichtet. Fakultative Ausschlussgründe (§ 124 GWB): Der Auftraggeber hat hier einen Ermessensspielraum und kann das Unternehmen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausschließen. Schwere Verfehlungen: Hierunter fallen sonstige nachweisliche Verstöße gegen geltende sozial-, arbeits- oder umweltrechtliche Verpflichtungen, die die Zuverlässigkeit des Unternehmens infrage stellen.

Breaching of obligations in the fields of labour law: Der Auftraggeber muss Bieter nicht zwingend ausschließen, sondern hat einen Ermessensspielraum, den er unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten ausüben muss. Ein Ausschluss ist möglich, wenn das Unternehmen nachweislich bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge gegen geltende arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat. Die relevanten arbeitsrechtlichen Pflichten,

auf die sich diese Ausschlussgründe beziehen, umfassen: Mindestlohnvorgaben: Verstöße gegen das Mindestlohngesetz (MiLoG) oder branchenspezifische Mindestlöhne. Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG): Nichteinhaltung zwingender Arbeitsbedingungen (z.B. Mindestentgelte) bei grenzüberschreitender Entsendung von Mitarbeitern. Arbeitsschutz und Arbeitszeiten: Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) oder Arbeitsschutzvorschriften, die nachweislich die Sicherheit der Beschäftigten gefährden. Sozialversicherungspflichten: Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen, die auch strafrechtlich relevant sein können. Insolvency: Öffentliche Auftraggeber dürfen ein Unternehmen vom Vergabeverfahren ausschließen, wenn es insolvent ist, sich in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB).

Assets being administered by liquidator: Öffentliche Auftraggeber dürfen ein Unternehmen vom Vergabeverfahren ausschließen, wenn es insolvent ist, sich in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB).

Business activities are suspended:

Analogous situation like bankruptcy, insolvency or arrangement with creditors under national law:

Grave professional misconduct: Eine schwere Verfehlung ist ein schuldhafter Verstoß, der geeignet ist, die Integrität oder die berufliche Zuverlässigkeit des Bewerbers grundlegend infrage zu stellen. Die Schwere der Tat muss dabei den gesetzlichen zwingenden Ausschlussgründen (wie Bestechung oder Betrug nach § 123 GWB) nahekomen. Typische Beispiele aus der Praxis für eine schwere Verfehlung sind: Kartellabsprachen oder unzulässige wettbewerbsbeschränkende Absprachen. Erhebliche oder fortdauernde Schlechtleistungen bei früheren öffentlichen Aufträgen (z. B. wesentliche Mängel oder Vertragsbrüche). Versuche, die Entscheidungsfindung des Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen. Übermittlung von irreführenden oder falschen Informationen, die die Vergabeentscheidung hätten beeinflussen können.

Agreements with other economic operators aimed at distorting competition: Fakultativer Ausschluss (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB): Öffentliche Auftraggeber können ein Unternehmen vom Vergabeverfahren ausschließen, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen hat, die eine wettbewerbsbeschränkende Absicht oder Wirkung haben. Zwingender Ausschluss (§ 123 GWB): Ein zwingender Ausschluss greift unter anderem dann, wenn das Unternehmen rechtskräftig wegen schwerer Straftaten, die im Zusammenhang mit wettbewerbswidrigem Verhalten stehen (z. B. Bestechung oder Betrug), verurteilt wurde.

Conflict of interest due to its participation in the procurement procedure: Ein Interessenkonflikt liegt gemäß § 6 der Vergabeverordnung (VgV) vor, wenn Personen, die an der Durchführung des Vergabeverfahrens beteiligt sind oder Einfluss darauf nehmen können, ein persönliches, finanzielles oder wirtschaftliches Interesse haben, das ihre Unparteilichkeit und Unabhängigkeit gefährden könnte. Betroffene Personen: Organmitglieder, Mitarbeiter des Auftraggebers oder beauftragte Dritte (z. B. Planer, Gutachter). Auch die Angehörigen der beteiligten Personen werden hierbei rechtlich einbezogen.

Direct or indirect involvement in the preparation of this procurement procedure: Ein Unternehmen kann ausgeschlossen werden, wenn der Wissensvorsprung aus einer früheren Beratung oder Planung tatsächlich den Wettbewerb verzerrt und dies nicht durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden kann.

Early termination, damages, or other comparable sanctions: Der Auftraggeber kann Bieter ausschließen, wenn diese bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge erhebliche Mängel aufgewiesen haben, die zu vorzeitiger Beendigung oder Schadensersatz führten.

Misrepresentation, withheld information, unable to provide required documents or obtained confidential information of this procedure: Schwerwiegende Täuschung: Nach § 124 Abs. 1 Nr.

8 GWB kann der Ausschluss erfolgen, wenn das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen hat. Dies umfasst das bewusste Zurückhalten relevanter Auskünfte oder die Vorlage irreführender Informationen. Bereits die fahrlässige Abgabe solcher irreführender Erklärungen kann genügen. Unzulässige Beeinflussung: Gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. a und b GWB darf das Unternehmen nicht versucht haben, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen. Dies umfasst unter anderem die rechtswidrige Erlangung vertraulicher Informationen, die dem Unternehmen unzulässige Vorteile verschaffen könnten.

5. Lot

5.1. Lot: LOT-0001

Title: Lieferung eines LKW-Fahrgestell 18 t./22 t. mit Dreiseitenkipper und Ladekran sowie Winterdienstausrüstung

Description: Lieferung eines LKW-Fahrgestell 18 t./22 t. mit Dreiseitenkipper und Ladekran sowie Winterdienstausrüstung

Internal identifier: 2026.07.A66.1-001

5.1.1. Purpose

Main nature of the contract: Supplies

Main classification (cpv): 34144700 Utility vehicles

Additional classification (cpv): 34140000 Heavy-duty motor vehicles, 34000000 Transport equipment and auxiliary products to transportation

5.1.2. Place of performance

Postal address: Rathausplatz 1

Town: Herzogenrath

Postcode: 52134

Country subdivision (NUTS): Städteregion Aachen (DEA2D)

Country: Germany

Additional information: Bauhof der Stadt Herzogenrath, Eygelshovener Straße 69 A, 52134 Herzogenrath

5.1.3. Estimated duration

Other duration: Unlimited

5.1.6. General information

Reserved participation:

Participation is not reserved.

The names and professional qualifications of the staff assigned to perform the contract must be given: Not required

Procurement Project not financed with EU Funds.

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement (GPA): no

This procurement is also suitable for small and medium-sized enterprises (SMEs): yes

Additional information: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategic procurement

Aim of strategic procurement: No strategic procurement

5.1.9. Selection criteria

Sources of selection criteria: Notice

Criterion: Enrolment in a trade register

Description of selection criterion: Handelsregistrauszug: Aktueller Auszug aus dem Berufs-/Handelsregister (nicht älter als 6 Monate zum Fristablauf für den Eingang der Angebote) des Sitzes, soweit die Eintragung in das Register nach den gesetzlichen Bestimmungen des Mitgliedstaates, in dem der/die Bewerber(in) seinen / ihren Sitz hat, vorgeschrieben ist (bei juristischen Personen) gem. § 44 (1) VgV.

Criterion: Enrolment in a relevant professional register

Description of selection criterion: Sofern der Bieter bestimmte Leistungen (z.B. Aufbauten /Technische Ausrüstung) nicht selbst erbringt, ist von dem jeweiligen Unterauftragnehmer ein Nachweis der Eintragung in einem Berufsregister nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist, vorzulegen. Aus dem Nachweis muss hervorgehen, dass das Unternehmen die geforderte Dienstleistung/Lieferleistung gemäß der Handwerksordnung erbringt oder zur Erbringung solcher Dienstleistungen/Lieferleistungen berechtigt ist. Nachweis in Kopie zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht älter als 6 Monate.

Criterion: Average yearly manpower

Description of selection criterion: Eigenerklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens, aufgegliedert nach Berufsgruppen in den Geschäftsjahren 2022 bis 2024.

Criterion: General yearly turnover

Description of selection criterion: Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens und den Umsatz mit Lieferleistungen, die Gegenstand der Ausschreibung sind in den Geschäftsjahren 2022 bis 2024.

Criterion: References on specified deliveries

Description of selection criterion: Referenzliste über erbrachte Leistungen in den Geschäftsjahren 2022 bis 2024, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

5.1.10. Award criteria

Criterion:

Type: Price

Description: Der Zuschlag erfolgt auf das preisgünstigste Angebot.

Category of award weight criterion: Order of importance

Award criterion number: 1

Justification for not indicating the weighting of the award criteria: Der Zuschlag erfolgt auf das preisgünstigste Angebot.

5.1.11. Procurement documents

Languages in which the procurement documents are officially available: German

Deadline for requesting additional information: 05/08/2026 23:59:59 (UTC+02:00) Eastern European Time, Central European Summer Time

Address of the procurement documents: <https://www.vergaben-wirtschaftsregion-aachen.de/VMPSatellite/notice/CXQ1YYXYWQR/documents>

Ad hoc communication channel:

Name: Vergabeportal Wirtschaftsregion Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg

URL: <https://www.vergaben-wirtschaftsregion-aachen.de/VMPSatellite/notice/CXQ1YYXYWQR>

5.1.12. Terms of procurement

Terms of submission:

Electronic submission: Required

Address for submission: <https://www.vergaben-wirtschaftsregion-aachen.de/VMPSatellite/notice/CXQ1YYXYWQR>

Languages in which tenders or requests to participate may be submitted: German

Electronic catalogue: Not allowed

Variants: Not allowed

Tenderers may submit more than one tender: Not allowed

Deadline for receipt of tenders: 12/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Eastern European Time, Central European Summer Time

Duration during which the tender must remain valid: 12 Weeks

Information that can be supplemented after the submission deadline:

At the discretion of the buyer, all missing tenderer-related documents may be submitted later.

Additional information: VgV § 56 (2) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Information about public opening:

Opening date: 12/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Eastern European Time, Central European Summer Time

Place: Stadt Herzogenrath, Rathausplatz 1, 52134 Herzogenrath

Additional information: Rathaus der Stadt Herzogenrath

Terms of contract:

The execution of the contract must be performed within the framework of sheltered employment programmes: No

Conditions relating to the performance of the contract: Siehe Vergabeunterlagen.

Electronic invoicing: Allowed

Electronic ordering will be used: no

Electronic payment will be used: yes

Financial arrangement: Siehe Vergabeunterlagen.

5.1.15. Techniques

Framework agreement:

No framework agreement

Information about the dynamic purchasing system:

No dynamic purchase system

5.1.16. Further information, mediation and review

Review organisation: Vergabekammer Rheinland Spruchkörper Köln

Information about review deadlines: Die Einlegung von Rechtsbehelfen richtet sich nach den §§ 160 ff. GWB. Die Fristen insbesondere des § 160 Abs. 3 GWB sind zu beachten. Ein Antrag auf Nachprüfung ist u.a. gem. § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB unzulässig, wenn er nicht innerhalb einer Frist von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, erhoben wird.

Organisation providing additional information about the procurement procedure: Stadt Herzogenrath

Organisation receiving requests to participate: Stadt Herzogenrath

8. Organisations

8.1. ORG-0001

Official name: Stadt Herzogenrath

Registration number: 053340016016-31001-14

Postal address: Rathausplatz 1

Town: Herzogenrath

Postcode: 52134

Country subdivision (NUTS): Städteregion Aachen (DEA2D)

Country: Germany

Contact point: A 66 - Tiefbau-, Verkehrs- und Betriebsamt

Email: Thorsten.Rolf@herzogenrath.de

Telephone: +49 2406-836200

Fax: +49 2406-836212

Roles of this organisation:

Buyer

Organisation providing additional information about the procurement procedure

Organisation receiving requests to participate

8.1. ORG-0002

Official name: Vergabekammer Rheinland Spruchkörper Köln

Registration number: DE 812110859

Postal address: Zeughausstr. 2

Town: Köln

Postcode: 50667

Country subdivision (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Country: Germany

Email: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telephone: +49 221 147-3045

Roles of this organisation:

Review organisation

8.1. ORG-0003

Official name: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registration number: 0204:994-DOEVD-83

Town: Bonn

Postcode: 53119

Country subdivision (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Country: Germany

Email: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telephone: +49228996100

Roles of this organisation:

TED eSender

Notice information

Notice identifier/version: d5c9896a-13f2-467a-88ea-3b15e5b5caee - 01

Form type: Competition

Notice type: Contract or concession notice – standard regime

Notice subtype: 16

Notice dispatch date: 07/07/2026 14:00:00 (UTC+02:00) Eastern European Time, Central European Summer Time
Languages in which this notice is officially available: German
Notice publication number: 468938-2026
OJ S issue number: 129/2026
Publication date: 08/07/2026